

*Warum denken Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker aus Rheinland-Pfalz nicht endlich über eine Zukunft unseres Bundeslandes ohne US-Militär nach?*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 054/10 – 22.02.10**

## **Wir brauchen keine Pläne, die den Verbleib der US-Streitkräfte in der Westpfalz sichern, uns fehlt ein Plan für ihren schnellstmöglichen Abzug!**

Der RHEINPFALZ vom 20.02.10 haben wir entnommen, dass der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch sich in Mainz mit Kommunalpolitikern, Landtags- und Bundestagsabgeordneten aus der Westpfalz über einen Sieben-Punkte Plan zum Um- oder Neubau des US-Hospitals Landstuhl verständigt hat. In unserem regionalen Monopolblatt war darüber u. a. zu lesen:

"Die Zukunft des Hospitals in der Westpfalz zu sichern, sei für Land und Kommunen wichtig, so Bruch. Der Sieben-Punkte-Plan solle ein gemeinsames Vorgehen sichern:

- Der Standort Landstuhl hat erste Priorität.
- Fällt Landstuhl flach, muss der neue Standort in der Region liegen – auch wenn dazu noch viele, insbesondere rechtliche Fragen zu klären sind.
- Wegen all dieser Fragen sind Landesregierung und Kommunen unmittelbar einzubeziehen.
- Verbunden mit einer Verlegung ist 'eine Fülle weiterer Entscheidungen' wie zu Arbeitsplätzen und Immobilienmarkt-Situation.
- Alle Punkte soll der Minister beim nächsten USA-Besuch nach Ostern ansprechen und dabei erneut deutlich machen, dass das Hospital in der Westpfalz bleiben muss.
- Als ein Zeichen dafür, dass die Landesregierung sich um das Thema kümmert, soll Landstuhl der Rücken gestärkt werden. Unter anderem dadurch, dass das Innenministerium vor Ort kommt und Fragen der Bürger über mögliche Auswirkungen eines Hospitalumzugs beantwortet. Dazu machte Bruch gestern klar, dass es nicht zu schnellen, sondern zu eher langfristigen Veränderungen kommen würde.
- Zudem hat die Runde vereinbart, eine Entscheidung Washingtons zunächst unter sich zu beraten und erst dann an die Öffentlichkeit zu gehen."

Unsere grundsätzliche Position zum Um- oder Neubau des US-Hospitals Landstuhl haben wir bereits in der LUFTPOST 024/10 dargestellt (s. [http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP\\_10/LP02410\\_230110.pdf](http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_10/LP02410_230110.pdf) ). Deshalb nehmen wir hier nur zu dem in Mainz vereinbarten Plan Stellung.

Warum müssen das Land Rheinland-Pfalz und die Stadt Landstuhl ein US-Lazarett "sichern", das vor allem zur Behandlung von Verwundeten aus den völkerrechts- und verfassungswidrigen US-Angriffskriegen dient? Dafür nennt der US-Ehrenoberst Bruch auch diesmal wieder keine stichhaltigen Gründe. In dem US-Hospital gib es nur noch 250 Arbeitsplätze für einheimische Zivilbeschäftigte. Die Anzahl der US-Mietverhältnisse geht ständig zurück, und seit der Eröffnung des US-Einkaufs- und Hotelkomplexes KMCC sind die Umsätze mit US-Kunden total eingebrochen. Es können also noch nicht einmal mehr

wirtschaftliche Gründe dafür geltend gemacht werden, dass Politik und Justiz die ständigen Verstöße gegen den Artikel 26 unseres Grundgesetzes einfach "übersehen".

Dieses Hospital muss weder in Landstuhl bleiben noch innerhalb der Region verlegt werden. Die US-Streitkräfte können allenfalls beschließen, ihr Lazarett aufzugeben. Deutsche Regierungen oder Behörden müssen weder einem Umbau auf dem Landstuhler Kirchberg noch einer Verlegung ins leere Munitionsdepot Weilerbach oder auf die US-Air Base Ramstein zustimmen. Sie können ganz im Gegenteil jede Veränderung aus Gründen des Landschafts- und Umweltschutzes oder wegen Eigenbedarfs untersagen. Die eleganteste Lösung wäre eine vom Bundestag zu beschließende Kündigung des Stationierungsvertrages, der einen Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus der Bundesrepublik innerhalb von nur zwei Jahren zur Folge hätte.

Was will Bruch schon wieder in den USA? Wenn es um den Fluglärmterror der US-Air Force geht, behauptet er doch immer, für Vereinbarungen mit den US-Streitkräften sei nur die Bundesregierung zuständig. Hat der Landesrechnungshof sich unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten schon einmal mit Bruchs regelmäßigen Ausflügen in die USA befasst? Hat Bruch im Landtag schon einmal Rechenschaft über seine kostspielige, aber völlig wirkungslose Katzbuckelei in Washington abgelegt? Die US-Streitkräfte führen sich in der souveränen Bundesrepublik doch immer noch wie Besatzer auf, weil unsere US-hörigen Politiker zu feige sind, ihnen Einhalt zu gebieten. Die Aufgabe von US-Basen in Rheinland-Pfalz, die Bruch angeblich verhindert hat, wurde von US-Seite nur ins Gespräch gebracht, um finanzielle und sonstige Zugeständnisse der Landesregierung herauszuschinden. Auch der angeblich geplante Hospital-Neubau im Weilerbacher Depot könnte ein Windei sein, mit dem die US-Militärs nur Zuschüsse für einen Umbau ihres Hospitals in Landstuhl ergattern wollen.

Es ist doch allgemein bekannt, dass die USA kurz vor dem Staatsbankrott stehen und sich ihr Militär und ihre Kriege nur noch leisten können, weil es offensichtlich immer noch ausländische Investoren gibt, die diesem abgewirtschafteten, maroden Imperium Geld leihen. Das könnte sich aber ganz schnell ändern. China hat sich bereits von so vielen wertlosen US-Schuldverschreibungen getrennt, dass Japan zum größten Kreditgeber der USA geworden ist. (s. [http://www.msnbc.msn.com/id/35420411/ns/business-stocks\\_and\\_economy/](http://www.msnbc.msn.com/id/35420411/ns/business-stocks_and_economy/http://www.msnbc.msn.com/id/35420411/ns/business-stocks_and_economy/) )

Wenn unsere Politiker wirklich etwas für Landstuhl und die gesamte Westpfalz tun wollen, sollten sie für eine Zukunft ohne US-Militär planen, alles tun, was uns diesem Ziel näher bringt, und alles unterlassen, was die Anwesenheit der US-Streitkräfte verlängert.

Die ganze Region könnte mit Hilfe der innovativen Impulse, die von der TU und der FH Kaiserslautern ausgehen, und durch ein vernünftiges Tourismus-Konzept wirtschaftlich aufblühen. Diese Entwicklung wird aber nur eintreten, wenn das US-Militär nicht länger wertvolle Flächen blockiert und wenn der militärische Fluglärmterror und die hohe Schadstoffbelastung aufhören. Dann werden sich auch viele Hightech-Betriebe dauerhaft hier ansiedeln, und junge leistungsfähige Menschen werden nicht nur hier studieren, sondern auch hier bleiben, arbeiten und Steuern zahlen.

Was haben die Politiker aller Parteien eigentlich zu verbergen, wenn sie erst einmal hinter verschlossenen Türen mauscheln wollen, bevor sie die Öffentlichkeit über die Entscheidung des Pentagons zu informieren gedenken?

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**